



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

III/150

Hannover, 10. Dezember 1948

Was lehrt Berlin?

Von Friedrich Stampfer

Die Lehre der Wahl von Berlin ist klar und eindeutig. Die Westmächte sind bei der Behandlung Deutschlands von einer falschen Voraussetzung ausgegangen, die zu falschen Folgerungen geführt hat.

Die falsche Voraussetzung war, dass das ganze deutsche Volk knechtisch, bössartig, verbrecherisch entartet ist und für seine Missetaten die härteste Behandlung verdient. Die Folgerungen daraus waren die Verstümmelung und Zerstückelung des Landes, die Totalbesetzung für unbestimmte Zeit, der Verlust der Souveränität, die wirtschaftliche Niederhaltung, das nachsichtige Gewährenlassen der Austreibung von Millionen Deutscher und die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen.

Dass die Welt zu einem falschen Urteil über das deutsche Volk gekommen ist, war nicht ihre Schuld. Es war die Schuld des Systems, das Deutschland regierte. Wer die Hitlerzeit im Ausland verbracht und das Entsetzen der Welt über die grauenhaften Untaten des Naziregimes erlebt hat, der kennt die Zwangskäufe, aus denen jenes Fehlurteil entstanden ist. Dass es dennoch ein Fehlurteil war, liegt jetzt klar zutage. Wer es bisher noch nicht gewusst hat, dem haben es die Berliner am 5. Dezember gezeigt.

Man sage nicht, es sei nur Berlin gewesen. Alles Lob den tapferen Berlinern, aber eine besondere Rasse innerhalb des deutschen Volkes stellen sie nicht dar. Die Hamburger und die Kölner, die Kieler und die Stuttgarter, die Magdeburger und die Hallenser, die Leipziger und die Dresdner sind auch nicht schlechter. Schafft für sie dieselben Bedingungen, und sie werden ebenso handeln.

Berlin hat für Deutschland gesprochen und für Deutschland gehandelt, indem es so gut wie einstimmig sich für das Regierungssystem des Westens und gegen jenes des Ostens entschieden hat; aber in aussenpolitischem Sinne war seine Entscheidung eine Entscheidung nicht "für den Westen", sondern für Deutschland. Und so soll sie auch vom Ausland verstanden werden. Es war ein Ruf nach einem politisch und wirtschaftlich geeinten Deutschland mit Berlin als Hauptstadt.

Die Welt sollte sich abgewöhnen, von einer "Berliner Frage" zu reden. Für sich allein betrachtet, ist die "Berliner Frage" unlösbar. Lösbar ist sie nur als ein Teil des deutschen Gesamtproblems.

Wenn die Westmächte der geänderten Weltlage Rechnung tragen wollen, dann müssen sie, unter Zurückstellung aller Bedenken, die Wiederaufrichtung eines geeinten Deutschland zum Ziel ihrer Politik machen, und zwar zu einem Ziel nicht auf ferne, sondern auf nahe Sicht. Man muss den Deutschen die Möglichkeit schaffen, sich wieder als Nation zu konstituieren und ihre eigenen Angelegenheiten selber zu ordnen. Das ist der einzige Ausweg aus der Verwirrung der Nachkriegszeit und aus der Gefahr eines dritten Weltkrieges.

Deutschland braucht - und braucht bald - eine einheitliche Verfassung, eine einheitliche Regierung, ein einheitliches Parlament, eine einheitliche Währung und eine einheitliche Wirtschaftspolitik. Je länger die Erfüllung dieser Forderungen hinausgeschoben wird, desto grösser wird der Währungswirrwarr, desto tiefer der Riss zwischen west- und ostdeutscher Wirtschaft, desto grösser die Kriegsgefahr.

Berlin hat den Westmächten gezeigt, dass sie bei freien, demokratischen Wahlen in ganz Deutschland, einschliesslich der Ostzone, nichts zu verlieren haben. Es läge in ihrem eigenen Interesse, für die Abhaltung solcher Wahlen mit äusserster Energie einzutreten. Das deutsche Volk wünscht sie, aber dieser sehr demokratische Wunsch hat bisher keine Unterstützung durch die demokratischen Westmächte gefunden. Erst durch die Gewährung dieser Unterstützung kann Russland endgültig in die Defensive gedrängt werden.

Russland und seine deutschen Untergebenen haben die Wiederherstellung eines einigen Deutschland zu einem bevorzugten Punkt ihres Programms und ihrer Propaganda gemacht. Sie haben freilich von diesem einigen Deutschland ihre eigenen Vorstellungen - Vorstellungen, die, wie sich in Berlin gezeigt hat, nicht zu verwirklichen sind. Die Berliner und mit ihnen alle Deutschen wollen die Einheit, aber die Einheit unter der Sichel und dem Hammer lehnen sie entschieden ab. Wer also in dieser Welt ein echter Demokrat ist, muss für die Einheit eintreten, wie sie das deutsche Volk selber will.

Seit dem Tag von Berlin, dem 5. Dezember, muss jedermann im Ausland wissen, dass die Hitlerfiatlas, die sich ihm zwölf Jahre lang entgegenstreckte, nicht Deutschlands wahres Gesicht war. Darum ist es Zeit, die falschen Schlüsse, die aus einer falschen Voraussetzung gezogen wurden, zu korrigieren und das Recht der Deutschen, wieder eine einige und freie Nation zu sein, nicht nur anzuerkennen, sondern auch für es mit aller Entschiedenheit eintreten.

(b/1012/2/ha)

Die "NEPSZAVA" in der Emigration

sp. In Paris erscheint seit kurzem das alte Zentralorgan der ungarischen Sozialdemokratischen Partei "Nepszava".

Londoner Vorweihnachtsstimmung

Dr.M., London, Anfang Dezember

Man kann die Vorweihnachtsstimmung in London, die typisch für England ist, nicht gerade als festlich bezeichnen. In den grossen Warenhäusern stehen wohl die bunt geschmückten Weihnachtsbäume und Schneeflocken aus Watte täuschen einen in Wirklichkeit nur aus grauem Nebel bestehenden Winter vor. Die Auslagen sind voll mit den schönsten Waren, sie finden aber nur wenig Käufer, denn der Durchschnittsengländer kann die Preise nicht erschwingen. Es ist nicht mehr "zu viel Geld, das zu wenig Waren jagt", wie das Schlagwort im Vorjahr hiess. Es ist zu wenig Geld, dem die Waren nachjagen. Die Kinder sind besser dran, denn in diesem Jahre gibt es Spielwaren in Hülle und Fülle. Im Vorjahr waren sie nur auf Bildern und Reklameplakaten zu sehen. Am Abend erlischt die Pracht in den Auslagen. Schaufensterbeleuchtung und Lichtreklamen sind noch streng verboten. Die Stimmung wird durch solche, leider notwendige Einschränkungen nicht gehoben. Dabei sind auch die Engländer farben- und freudehungrig.

Dieses Halbdtüster des eintönigen Daseins spiegelt sich auch in der Innen- und Aussenpolitik wieder. Man ist uninteressiert, man ist nicht betroffen von dem, was in der Welt vorgeht. Die Nachricht von der Erkrankung des Königs, deren Charakter noch nicht bekanntgegeben wurde, hat allgemeines Bedauern ausgelöst. Sie ist unzweifelhaft ernst und alle Parlamentsmitglieder ohne Unterschied der Partei vereinigten sich in einer aufrichtigen Sympathiekundgebung. Die im Unterhaus nunmehr in zweiter Lesung durchgebrachte Gesetzesvorlage zur Nationalisierung der Stahlindustrie hat weit weniger Aufsehen in der Öffentlichkeit erregt mit Ausnahme der Börsenkreise, als die konservative Opposition annahm. Zum Teil wurde die Aufmerksamkeit durch die Untersuchung der Korruptionsaffäre im Handelsministerium und in anderen Behörden abgelenkt. Die Untersuchung scheint immer weitere Kreise zu ziehen. Es ist wohl das erste Mal im englischen öffentlichen Leben, dass gewisse Machinationen der "Unterwelt der Finanz" so rücksichtslos aufgedeckt werden. Oft hört man die Vermutung aussprechen, dass diese Untersuchung, über die nach Abschluss mehr zu berichten sein wird, von der Regierung in der Absicht inszeniert wurde, um die Gesetzesvorlage über die Stahlindustrie ungestört durchzubringen. Dies scheint absurd, zumal infolge der Verwicklung sozialistischer Minister in die Angelegenheit die Regierung kaum einen Vorteil daraus ziehen kann.

Tatsache ist, dass die Berichte von den Verhören vor der Untersuchungskommission seit Wochen die Schlagzeilen der gesamten Presse liefern. Alles andere, insbesondere die Situation in Berlin, ist in den Hintergrund gerückt worden. Esmag dabei mit eine Rolle spielen, dass die Stimmung gegenüber Deutschland - wie immer - sehr schwankt. Die Berichte von der Ankurbelung der deutschen Industrie in der Westzone wurden mit gemischten Gefühlen empfangen. Mehr als je zuvor kam zum Ausdruck, dass die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt, die man beseitigt hoffte, wieder ein bemerkenswerter Faktor geworden sei. Es sind an sich unwichtige Momente, die als Stimmungsbarometer dienen. In einem Bericht über die Weihnachtsration der Berliner wird diese der englischen Weihnachtsration gegenübergestellt. Der Vergleich ist mehr als unfair,

da sich die normale Ration hier mit der in Berlin selbstverständlich gar nicht vergleichen lässt. Die noch hier befindlichen freiwilligen "Kriegsgefangenen", etwa 14.000, sollen bis Ende des Jahres zurückgeführt werden, obzwar sie es gar nicht wollen. Die Farmer haben bereits protestiert, da sie ihre Arbeiter nicht verlieren wollen. Sie müssen aber den Nachweis erbringen, dass weder englische, polnische oder europäische Freiwillige zur Verfügung stehen, ehe sie die Bewilligung für die Deutschen erhalten. Da englische Landarbeiter ohnehin nicht verfügbar sind, die Polen meistens in der Industrie untergebracht wurden und überhaupt Not am Mann ist, erscheint die Verfügung unverständlich.

So spiegelt das vorweihnachtliche London und England im allgemeinen nichts von dem freundlichen und versöhnlichen Geist wider, der sonst das Merkmal dieser Jahreszeit ist.

Nicht nur die Lohntüte

R.D. Gegen die Gewerkschaften ist in der jüngsten Zeit wiederholt der Vorwurf erhoben worden, dass sie die gewerkschaftlichen Mittel zu politischen Zwecken missbraucht haben; z.B. von den bürgerlichen Parteien im Wirtschaftsrat und den Mitgliedern des Verwaltungsrates, aus Anlass der 24-stündigen Protestaktion. Mit einem Seitenblick auf die Vorkommnisse in Frankreich wird den gewerkschaftlichen Leistungen unterschoben, dass sie eine Entwicklung fördern, die sich zum Schaden der westdeutschen Bevölkerung, ja vielleicht sogar zur Förderung des vordringenden Kommunismus auswirken müssten. Zur Untersuchung der Berechtigung dieser Behauptungen wäre es nötig, genauestens zu definieren, was unter der "Aufgabe der Gewerkschaften", "gewerkschaftliche Mittel" und "Missbrauch" dieser Mittel zu verstehen ist.

Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, dass die Aufgabe der Gewerkschaften darin besteht, dem arbeitenden Menschen seinen Anteil am Sozialprodukt zu sichern. Dieser Anteil wird bestimmt durch die Höhe des Sozialproduktes, abzüglich der Summen, die notwendigerweise für die Ergänzung und Erweiterung der Produktionsmittel (Verzinsung der Investitionen), für die Verteilung der Produktion, für die Erhaltung und Verwaltung der Gesellschaft usw. unter den optimalsten Bedingungen, erforderlich sind. Wer die Gewerkschaften lediglich für verpflichtet hält, dass sie sich um die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kümmern hätten, ist in der Entwicklung unserer Zeit zurückgeblieben oder er wünscht, dass die Gewerkschaften so weit zurückgeblieben wären. Denn diese letzte Aufgabe war einmal der Ausgangspunkt der gewerkschaftlichen Betätigung und der Streik als Kampfmittel war damals auf dieses begrenzte Gebiet beschränkt.

Es war aber bald erkennbar, dass die Verteilung des Sozialproduktes in der kapitalistischen Gesellschaft nicht nur über die Lohntüte erfolgte, und die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen in einem Betrieb oder Industriezweig nicht zur vollen Befriedigung der berechtigten Forderungen der Arbeiter in der gesamten Gesellschaft führte. Schon in ihrem Anfangsstadium schuf sich die Arbeiterschaft neben dieser wirtschaftlichen Vertretung die politische Vertretung, um in Parlamenten und Ministerien, die in den Betrieben

und Industriezweigen nicht mehr erfassbaren Möglichkeiten der Verteilung des Sozialproduktes zu beeinflussen. Denn neben der Lohnhöhe ist der Steuerzettel, Rentenbescheid, Reichsbank-Diskontsatz usw. ein nicht weniger bedeutsamer Faktor der Lebenshaltung.

Die Gewerkschaften der Nachkriegszeit haben sich von vornherein in parteipolitischer und weltanschaulicher Neutralität neu aufgebaut. Dadurch und durch den Lohnstopp war ihnen die Mitentscheidung über die Verteilung des Sozialproduktes bisher verschlossen. Inzwischen haben ihre Gegner, das private Unternehmertum, unter Förderung der Besatzungsmacht und unter Ausnutzung wirtschaftlicher Machtpositionen ihren Anteil am Sozialprodukt unverhältnismässig hoch gestalten können. Die Verteilung der gesellschaftlichen Produktion, an der im Nachkriegsdeutschland die Siegermächte durch Demontagen, Besatzungskosten und Reparationsleistungen mit beteiligt sind, wurde nicht allein über die Lohnhöhe, sondern auch über die Lebensmittelkarte, den Bezugsschein, die Steuertabelle, vor allem aber durch den direkten Besitztitel an der erzeugten Ware, auf dem Wege der Kompensation usw., eindeutig zu Gunsten dieser Besitzenden vorgenommen.

Aus diesen Gründen können die Gewerkschaften sich nicht mehr allein auf die Gestaltung der Lohnhöhe beschränken. Es ist ihre natürliche Pflicht, auf alle Komponenten Einfluss zu nehmen, die die Verteilung des Sozialproduktes berühren, zumal ihnen ein direkter Weg über die politischen Parteien, und damit die politischen Institutionen des Staates nicht möglich ist. Alle über die direkte Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinausgehenden Versuche der Sicherung dieses ihres Arbeitsgebietes sind deswegen zwangsläufig als politische Entscheidungen zu werten. Darum ist es demagogisch falsch, den Gewerkschaften zu unterstellen, dass sie mit ihrem einzigen Kampfmittel, dem Streik, "Missbrauch" trieben, wenn vor allem die Parteien des Besitzbürgertums sich weigern, einen gesetzlich verankerten Anspruch auf Mitbestimmung der Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft anzuerkennen. (b/B31/812/2/he)

Schlechte Verlierer

sp. Vor den Sieg haben die Götter bekanntlich den Schweiss gesetzt, aber auch das Verlieren ist nicht leicht, wie die jüngsten Ereignisse zeigen. Die Wahlniederlage der CDU in Berlin war eindeutig. Die Art und Weise aber, wie dieses Ergebnis von der CDU zur Kenntnis genommen wurde, ist mehr als zweideutig. "Wollte man", so heisst es in einer offiziellen Auslassung der CDU, "die Frage nach der konsensfähigeren Politik in Berlin stellen, so schnitte die SPD kaum so günstig ab, wie etwa die CDU". Jakob Kaisers Politik sei in der gesamtpolitischen Auseinandersetzung von weitaus grösserem Wert gewesen als die Neumanns und seiner Freunde. Wir wollen hier in einer unverfänglichen Stelle antworten, mit dem "Tagesspiegel": "Die CDU

hat an Stimmen verloren, und sie verdankt es nicht ihrer Doktrin, sondern ihrer Praxis, vor allem in der unklaren Haltung des von ihr gestellten Bürgermeisters Dr. Friedensburg." Kaiser oder Friedensburg - auf die Praxis kommt es an.

Nach der CDU-Darstellung hat ferner die SPD überhaupt keine Verdienste in Berlin erworben (die Wähler wussten es anders), "denn die SPD hat ja seitlich des Eisernen Vorhangs gar nicht gekämpft, während die CDU auch heute noch im Schützengraben des illegalen Kampfes der Ostzone steht." Auch diese Darstellung ist, gelinde gesagt, reichlich kühn. In der Ostzone kämpft die CDU nicht illegal, sie betreibt vielmehr eine von der SMA anerkannte "Blockpolitik" - auf deutsch: sie segnet mit dem Kreuz die Politik von Hammer und Sichel. In der Illegalität aber kämpft die SPD. Es ist heute noch nicht an der Zeit, alle Karten aufzudecken, aber vielleicht ist es schon bis Frankfurt durchgedrungen, dass die Insassen der Ostzonen-KZ hauptsächlich Sozialdemokraten sind. Dies zu wissen oder abzuleugnen, ist mehr als Heuchelei; es ist bezeichnend, dass eine solche Argumentation von der CDU in Frankfurt ausgeht und nicht von der CDU in Berlin. -dt.

Oh, Hennecke!

Ein Russlandheimkehrer schreibt uns: Wie jeder Russe auch, mussten wir Gefangenen unser Stachanow-Soll, genannt "Norm", erfüllen, um in den Genuss der kärglichen Brotration zu gelangen. Bei Überschreitung der Norm gab es je nach Höhe kleinere Brotzulagen. Es ist natürlich Unsinn, wenn in der Ostzone jetzt von 300, 500 oder gar 800% Hennecke-Überleistungen geredet wird. Bei fachlicher Überprüfung solcher Zahlen wird sich stets erweisen, dass entweder die Normleistung falsch angesetzt war oder ganz gewöhnlicher Betrug getrieben wird. Aus der russischen Kriegsgefangenschaft ein typisches Beispiel dafür:

Zwei sogenannte Arbeitsbrigaden deutscher Gefangener arbeiten in abwechselnder Schicht am selben Objekt in Dnjepropetrowsk. Die russische Aufsicht schreibt nach Schichtende den sogenannten Prozentzettel über die erfüllten Leistungen, wonach dann im Lager die Lebensmittel zugeteilt werden. Die eine Brigade hatte einen alten Russen als Leiter, der aus reiner Gutmütigkeit 150%, oft sogar 250% erfülltes Soll bescheinigte. Die ablösende Brigade hatte zur Aufsicht eine kaum 20-jährige Komsomolzin. Sei es nun, dass es allgemeiner Deutschenhass oder sonst ein Grund war, sie schrieb konsequent nie mehr als 90% erfüllten Solls auf den Zettel. Verzweiflung und körperlicher Verfall stellten sich bei den Betroffenen ein, denn es gab natürlich keine volle Brotration für diese Pechvögel. - Wir beschlossen daraufhin, an einem Montag nicht wie üblich die Schicht zu wechseln. Es gelang, den Arbeitsoffizier zu täuschen und jetzt hatte die 250%ige Komsomolzin als Arbeitschef. Ab sofort kam diese Kolonne nur noch mit höchstens 90% bescheinigten Solls ins Lager und erhielt den Brotkorb prompt hochgehängt. Zum Glück für alle wurde das rechenbesessene Mädchen bald darauf versetzt. Hoffentlich stossen die Henneckes der Ostzone nicht auch einmal auf solch ein Mädchen. Brigade die H.T.

Die Zensur in der Ostzone.

sp. "In Sowjetrussland wird jedes bedruckte Papier, selbst vervielfältigte Quittungsformulare, Schecks und Briefköpfe, zensuriert. Zu diesem Zweck unterhält das Innenministerium Tausende und Abertausende von Zensoren, die in eigenen Schulen ausgebildet werden." ("Die Tat", Zürich)

In der Ostzone haben wir die gleichen Verhältnisse, genau nach sowjetischem Muster. Nicht ein einziger Buchstabe, nicht eine winzige Ziffer dürfen gedruckt werden, bevor der Druck nicht von der Zensur genehmigt worden ist. Die Ausübung der Zensur, bis vor etwa einem Jahr von den Dienststellen der Besatzungsmacht selbst gehandhabt, ist neuerdings den deutschen Nachrichtenämtern übertragen worden.

In jedem Nachrichtenamt der Regierungen, der Städte und der Landratsämter ist eine "Druckgenehmigungsstelle" eingerichtet worden. Diese zensuriert und genehmigt (oder lehnt ab) jedes Inserat, jedes Rechnungsfeld, jeden Briefumschlag mit Aufdruck, jeden Briefkopf ob privat oder geschäftlich, jedes Karteiblatt, jede Visitenkarte. Sie entscheidet gleichzeitig über die Auflagenhöhe.

Keine Druckerei darf irgendeine Zeile setzen oder drucken, die nicht Manuskript den Genehmigungsstempel trägt. Selbst Druckereien der SED Presse werden in solchem Fall mit harter Strafe belegt. Und keine Druckerei darf riskieren, an dem genehmigten Manuskript auch nur die kleinste Veränderung beim Ausdruck zu versuchen. Ein Beispiel: Ein Nachrichtenamt hatte den Druck von Briefumschlägen mit Firmendruck genehmigt. Dem Drucker fiel beim Setzen ein, dass vergessen worden war, die Postleitzahl in dem üblichen runden Kreis anzugeben. Er trug dies nach. Die Druckerei hatte eine fühlbare Strafe zu zahlen.

Sämtliche Vervielfältigungsapparate sind bei den Kommandanturen registriert. Jede Druckerei ist verpflichtet, nach Betriebschluss die Räume zu versiegeln, in denen die Druckmaschinen stehen. Angestellte der Nachrichtenämter prüfen abends nach, ob die Siegel-Bestimmung durchgeführt wird. Durch Stichproben haben sie sich regelmäßig davon zu überzeugen, dass nur solche Drucksachen durch die Maschinen laufen oder in Satz stehen, die den Zensurstempel tragen.

Die Nachrichtenämter selbst werden wieder von den örtlichen Kommandanturen überwacht. Die deutschen Kontrolleure sind verpflichtet, jeden Verstoß gegen die Zensurbestimmungen ihrer Kommandantur zu melden. Sie verhängt dann die Strafen. Die Strafen liegen zwischen 50.- Ostmark für kleinere Vergehen, bis in die Tausende bei größeren Verstößen und endlich bis zur vorläufigen oder endgültigen Betriebschließung und Einsetzung eines Treuhänders.